



Sachlicher Wahlkampf

## Deutschland, einig Dagegen-Land

Im Protestieren gegen Energieprojekte sind wir gut. Nun müssen wir lernen, auch mal dafür zu sein

Claus Hecking

„Heute gab's einen wunderbaren Sonnenuntergang am Berghanerl. Die ganze Alpenkette und das Voralpenland waren bei leicht aufsteigendem Nebel in zartes rötliches Licht getaucht. Und das wollen die uns einfach wegnehmen? Kilometerweit zubauen mit meterhohen Glaspaneelen und drumrum [...] Stacheldrahtzaun?“

So startet die Website von Kollbach Solar, einer Bürgerinitiative gegen einen Solarpark in Bayern. Es ist eine von Hunderten solcher Bewegungen in Deutschland. Ob es gegen Wind-, Wasser-, Sonnen-, Gas- oder Kohlekraftwerke geht – für jeden Protestler ist etwas dabei. Dagegen sein ist alles, wenn es um Energieprojekte geht.

Hunderttausende Deutsche gehen in diesen Tagen der Angst gegen die Kernkraft auf die Straße. Sie machen sich Sorgen, zeigen Solidarität mit den Japanern. Doch auf Dauer sind Mahnwachen und Atomkraft-nein-danke-Aufkleber nicht genug. Soll die beschworene Energiewende gelingen, müssen wir selbst sie vorantreiben.

Übers große Ganze sind sich fast alle einig. Mehr als 90 Prozent der Deutschen sprechen sich in den Umfragen für den Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Aber sobald das vor der eigenen Haustür passieren soll, kocht der Volkszorn hoch. An den Küsten und im windigen Brandenburg machen Bürgerinitiativen mobil gegen die Windräder. In Niedersachsen gehen sie gegen Biogasanlagen

auf die Barrikaden, im bergigen, sonnenverwöhnten Süden gegen Wasserwerke, Stauseen und Solarparks. Nicht zu vergessen die Hochspannungsleitungen. „Wutbürger“ war das Wort des Jahres 2010.

Mit dem Dafür hapert es, sobald es an den Geldbeutel geht. Nur acht Prozent der deutschen Haushalte haben vor Fukushima reinen Ökostrom bezogen. Dabei kostet der oft nur einen halben Cent je Kilowattstunde mehr, macht nicht einmal 20 Euro pro Jahr für eine durchschnittliche Vierpersonenfamilie. Und doch war neun von zehn Deutschen der völlige Verzicht auf Atom- und Kohlestrom bislang keine 2 Euro pro Monat wert.

Spendabler sind wir beim Auto. 133,6 PS hatten die im Januar verkauften Neufahrzeuge laut einer Studie der Universität Duisburg-Essen im Schnitt, das ist Rekord. Fast 15 Prozent der Neuzulassungen, so viel wie nie, waren Geländewagen, die oft besonders viel schlucken – wenn auch nicht mehr ganz so viel wie früher.

Auch im trauten Heim vergessen wir schon mal das grüne Gewissen. Allein der Stand-by-Betrieb der Elektrogeräte vergeudet Studien zufolge die Kapazitäten von ein bis zwei Großkraftwerken. Und als die Energiesparlampe eingeführt wurde, haben Hunderttausende noch schnell die alten, in der Anschaffung billigen 100-Watt-Stromfresser zusammengehamstert. Wir sind Atomkraft.

Ohne die Meiler kann nicht mehr alles beim Alten bleiben. Unsere Industriegesellschaft braucht große Mengen Energie, wollen wir unseren

Wohlstand halten. Aber wo soll der Strom herkommen, wenn wir wirklich alle Reaktoren dauerhaft abschalten?

Im Prinzip gibt es drei Alternativen, zwei davon sind eigentlich verantwortungslos. Erstens: Wir importieren künftig Atomstrom aus Frankreich. Aber bedeutet es mehr Sicherheit, wenn Reaktoren westlich des Rheins länger laufen oder neu gebaut werden? Zweitens: Wir bauen statt der AKW im großen Stil Kohlekraftwerke. Damit bauen wir auf Jahrzehnte hinaus unsere Spitzenposition als größter Kohlendioxidemittent

**Die Wende wird teuer. Umso teurer, je schneller wir die letzten Reaktoren abschalten**

Europas aus. Den Klimawandel müssen unsere Kinder und Kindeskinde schultern.

Oder drittens: Wir stellen unser Gesellschaftsmodell radikal auf regenerative Energien und Gas um. Diese Lösung klingt am saubersten, sie ist aber auch am komplexesten. Schon für die derzeitigen 16 Prozent Grünstromanteil kommt eine Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz von 13 Mrd. Euro pro Jahr zusammen – das Gros davon für Solarenergie.

Wollen wir einmal auf 40 Prozent Erneuerbare kommen, um den Atomstrom klimaneutral zu kompensieren, wird sich das Antlitz der Republik ver-

ändern. Vor den Küsten und auch im Landesinneren werden gewaltige Windparks stehen. Hochspannungstrassen werden den Strom aus dem Norden und aus anderen Staaten hin zu den Industriezentren in der Mitte und im Süden Deutschlands transportieren. An den Anblick großer Solarfelder und Speichersysteme werden wir uns gewöhnen müssen. Hier und da wird es Eingriffe in wenig berührte Natur geben.

Und ja: Die Wende wird richtig teuer. Umso teurer, je schneller wir die letzten Reaktoren abschalten. Aber wo ist die Alternative?

Die Politik kann nur die Rahmenbedingungen für diese Energiewende schaffen. Sie kann mit neuen Förderkonzepten die regenerativen Technologien intelligenter unterstützen als bisher. Sie kann Genehmigungsverfahren für Energieprojekte vereinfachen, Anreize zum dringend nötigen Leitungsausbau geben, europaweite Stromnetze möglich machen.

Aber letztlich entscheiden wir über den neuen Kurs. Wir, die Verbraucher, die Wähler. Wir werden hohe Energiepreise schlucken, manche Veränderung in unserer Nähe akzeptieren müssen – oder auch nicht.

Wenn wir nicht mitmachen wollen bei der Energiewende, wird sich dauerhaft kein Politiker gegen den Volkswillen stellen. Wir können vieles weigern, verzögern, verhindern. Aber dann bleiben uns nur Kohle oder doch wieder Kernkraft. Deutschland braucht jetzt Mutbürger.

E-Mail [hecking.claus@guj.de](mailto:hecking.claus@guj.de)

FINANCIAL TIMES  
DEUTSCHLAND

Die Leitartikel geben die Meinung der Zeitung wieder und sind daher unsigned

SACHSEN-ANHALT

## Richtungswahl für SPD

Wirklich verständlich ist das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nicht: Das Land hat weiterhin eine extrem hohe Arbeitslosenquote und mit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, die Abwanderung der Jungen und Ausgebildeten ist ungebrochen hoch. Und trotzdem entscheidet sich die große Mehrheit der Wähler so wie vor fünf Jahren und bestätigt die Große Koalition. Die FDP und die CDU muss der Wahlausgang nicht kümmern – die Bürger in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird das gestrige Ergebnis kaum im Wahlverhalten beeinflussen. Die einzige Partei, die wichtige Lehren aus dieser Wahl ziehen sollte, ist die SPD: Es geht für sie um die strategische Frage, ob sie als Juniorpartner in einer Koalition mit der CDU reagiert oder mit der Linkspartei. SPD-Spitzenkandidat Jens Bullerjahn hatte es ausgeschlossen, einen Linke-Ministerpräsidenten zu wählen. Gewonnen hat er dadurch aber nichts.

Nicht nur in Magdeburg müssen sich Sozialdemokraten entscheiden, wie sie mit der Ost-Linken künftig umgehen. Wenn sie inhaltlich und personell keine Koalitionsmöglichkeit sehen, sollen sie es lassen. Wenn sie aber meinen, dass es passt, muss es auch möglich sein, in eine Landesregierung unter Führung der Linkspartei einzutreten. Alles andere wirkt unglaubwürdig.

Die Position „Rot-Rot nur unter SPD-Führung“ ist nur auf den ersten Blick clever: Wer einen Regierungswechsel will, so die Botschaft, darf nicht die Linke wählen, sondern muss sein Kreuz bei den Sozialdemokraten machen. Nur: Das hat

schon in Thüringen nicht funktioniert. Auch der dortige Spitzenkandidat Christoph Matschie hatte Rot-Rot mit einem Linke-Ministerpräsidenten ausgeschlossen. Das Ergebnis: Er erhielt weit weniger Stimmen als die Linkspartei, obwohl er aus der Opposition kam. Und die Taktik klappt erst recht nicht, wenn die SPD bereits Teil der Regierung ist.

Offensichtlich hat sich die Ausgrenzungsstrategie im Osten überlebt. Die PDS-Nachfolgepartei ist in den neuen Bundesländern so nicht zu entzaubern. Sie als Schreckgespenst zu skizzieren funktioniert nicht: Sie ist im Osten eine mitgliederstarke Volkspartei und überdies pragmatischer als die Systemgeg-

**Die Dämonisierung der Linken funktioniert im Osten nicht**

ner bei den West-Linken. Zudem: Auf Landesebene geht es nicht um Außenpolitik, Verstaatlichung oder Mindestlöhne, sondern um Unternehmensansiedlungen und Schuldenabbau. Die SPD kann die Linke in die Beweisplacht nehmen, wie sie ihre teuren Wahlversprechen umsetzen kann. Und das wird gerade in den nächsten Jahren schwer: Die Milliardenzuschüsse aus dem Solidarpakt und die EU-Mittel sinken schrittweise bis 2019. Diese Entzauberung durch Einbindung hat zudem bereits funktioniert: In Mecklenburg-Vorpommern verlor die Linke danach ein Drittel ihrer Wähler, in Berlin sogar fast die Hälfte.

DEVISENMARKT

## Wider die Spekulation

Der erste Erfolg war schnell sichtbar: Um mehr als zwei Prozent verbilligte sich der Yen zum Dollar, nachdem die Notenbanken der G7-Staaten in der Nacht zu Freitag begonnen hatten, Milliarden von Yen auf den Markt zu werfen, um die japanische Währung koordiniert zu schwächen. Es war das erste Mal seit 2000, dass sich die Notenbanken der wichtigsten Währungsgebiete zu gemeinsamen Eingriffen verabredet haben.

Und: Es spricht vieles dafür, dass die Aktion nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig die gewünschte Wirkung haben wird.

In normalen Zeiten gelten solche Interventionen als wenig sinnvoll. Sie drohen zu verpuffen angesichts der gewaltigen Umsätze am globalen Devisenmarkt. Doch die Zeiten sind nicht normal. Und die aktuelle Yen-Stärke ist es auch nicht. Innerhalb weniger Tage hat sich die japanische Währung im Vergleich zum Dollar um fünf Prozent verteuert – und das, obwohl die verheerende

Erdbebenkatastrophe das Land wirtschaftlich schwächen wird und deshalb eigentlich eine Währungsabwertung zur Folge haben müsste.

Doch die Spekulanten an den Devisenmärkten denken da anders: Sie setzen darauf, dass die japanischen Investoren ihr im Ausland angelegtes Geld abziehen, um es in den heimischen Wiederaufbau zu stecken. Eine durchaus realistische Überlegung, die allerdings bisher nicht durch Fakten gedeckt ist. Zudem ist unklar, wie stark eine solche mögliche Kapitalverschiebung den Yen-Kurs tatsächlich bewegen würde.

Die jüngste Yen-Aufwertung beruht also vor allem auf Spekulation – und genau deshalb ist die Chance so groß, sie durch gemeinsame Aktionen der Notenbanken zu stoppen oder sogar in ihr Gegenteil zu verkehren. Nötig ist dies allemal. Ein heillos überbewerteter Yen droht die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft dauerhaft zu gefährden – und die ist ohnehin schon stark getroffen.

## DAS LETZTE

### Der Sonne entgegen

Georg Dahm

In diesen finsternen Zeiten rechnet man ja eigentlich gar nicht mehr mit guten Nachrichten. Schon gar nicht im Terminkalender für die anstehende Arbeitswoche. Aber siehe da: Heute beginnt der Frühling. Blaues Band. Wohlbekannte Düfte. Der Bauer, die Rösslein, das volle Programm.

Freilich ist des Lenzes Ankniff für viele von uns eher theoretischer Natur, haben uns doch finstere Kräfte in der Gestalt von Gebäudeplanern in düstere Betonflure verbannt, durch die niemals ein blaues Band flatterte und in denen die Düfte, die

uns ahnungsvoll streifen, allesamt den mysteriös befleckten Teppichfliesen entsteigen. Im fahlen Lichtkegel der Schreibtischlampe verrichten wir unser Tagwerk und wissen so gar nichts vom stahlblauen Firmament, an dem die warme Frühlingssonne heiter in die privilegierten Fensterlagen der oberen Büroetagen scheint.

Biologen wissen, dass sich eine Art auseinanderentwickelt, so man ihre Angehörigen verschiedenen Umweltbedingungen aussetzt. Lass den Finken ein paar Generationen Nüsse knacken, derweil sein Nachbar weiche Maden aus Baumrinden pulst, und siehe, zwei derart unterschiedliche Schnäbel lachen dich an, dass man gänzlich ver-

schiedene Arten vor sich wähnt. Und so sehen auch wir Bewohner der niederen Flure uns am Anbeginn einer evolutionären Spaltung.

Besuchen Sie uns in ein paar Jahren, und Sie werden augenlosen Büroolmen die kalkweißen Hände schütteln. Einigen Glücklichen, denen der Bauplan zumindest ein Oberlicht zugestand, wird das Haupt auf langen Halsen schwanken, die sich der Sonne entgegenrecken wie der Spargel im Erdwall.

Vielleicht werden wir noch dieselbe Sprache sprechen wie die Lichtwesen im 2. OG. Dann erzählen Sie uns doch bitte mal, wie es inzwischen draußen aussieht.

## GESAGT...



Acton/Pressefotografie Schmitt

„Berlin hat den kleinen Knut mit Hingabe begleitet. Damit er nicht vergessen wird, sollten wir uns den Schutz seiner großen Familie zur Aufgabe machen.“

Renate Künast, Grünen-Spitzenkandidatin, bei der Berliner Landtagswahl, über den Tod des berühmtesten Berliner Eisbären

## ...GEMEINT

Wählt mich, dann bleiben Eisbären am Leben.